

AUSLANDSZIVILDIENTST

Keine Kürzungen bei Gedenkdienst

13. März 2012 13:29

Unklar, wo fehlende 100.000 Euro herkommen sollen

Wien - Die Finanzierung des Gedenkdienstes ist nach Angaben von Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) gesichert. Im Ministerrat am Dienstag habe es die klare gemeinsame Position gegeben, dass es hier zu keinen Kürzungen kommen solle, so der Kanzler im Pressefoyer. Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) will sich allerdings noch ansehen, wie viel vom Geld für den Unterstützungsverein tatsächlich bei den Gedenkdienern ankommt.

Offen ist noch, wo die fehlenden rund 100.000 Euro für den Zivil-Ersatzdienst in Holocaust-Gedenkstätten im Ausland herkommen sollen. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) hatte vor dem Ministerrat die Einsparungsnotwendigkeit in ihrem Ressort bekräftigt. Faymann meinte, man werde gemeinsam auch andere Wege finden, das Geld aufzustellen.

Ursprünglich hatte es für jeden Gedenkdiener vom Innenministerium einen Zuschuss von 10.000 Euro gegeben, im Vorjahr kam es zu einer ersten Kürzung auf 9.000 Euro. Nun wurde diese Förderung im Zuge des Konsolidierungspakets auf 8.100 Euro reduziert. Dem Einzelnen blieben dadurch statt 750 nur noch 675 Euro pro Monat, beklagte sich der Verein Gedenkdienst. (APA, 13.3.2012)

© derStandard.at GmbH 2012 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.